





der Versammlung aufs herzlichste willkommen. Zum Punkt 1 der Tagesordnung: Die Tarifbewegung, nahm der Referent, Kollege Sillier, das Wort und gab in beredten Worten ein übersichtliches Bild der ganzen Bewegung. Der erste Lichtdrucker-Kongress in Berlin habe schon die ersten Grundlagen zu einem Tarif gegeben durch Aufstellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen; im März d. J. habe eine Vertreterkonferenz getagt, diese sei nötig gewesen, um schnell Situationsberichte zu erhalten und um die Lohn- und Arbeitsbedingungen nochmals zu prüfen, die so erhaltenen Bedingungen seien dann den Mitgliedschaften zur Diskussion zugestellt worden, zugleich mit der Frage, ob ein Vorgehen gewünscht wird. Nachdem dies im allgemeinen bejaht wurde, hat man diese Bedingungen am gleichen Tage fast überall eingereicht. Somit, meinte der Redner, habe sich die Einleitung aufs gewissenhafteste vollzogen. Den Erfolg könne man als gut bezeichnen. Dass nicht gleich mehr erreicht sei, liege mit an den verschiedenartigen Kündigungsfristen, zum Teil auch mit an dem wankelmütigen Verhalten mancher Kollegen. Bei der am 7. Juni erfolgten Gründung des Lichtdruckereibesitzerbundes sei derselbe sofort davon in Kenntnis gesetzt worden, dass es Wunsch der Arbeiterorganisation ist, diese Angelegenheit gemeinsam und friedlich zu regeln. Eine Woche später habe eine gemeinsame Besprechung stattgefunden und da nach dieser die Möglichkeit vorhanden war, durch Abschliessung einer Tarifgemeinschaft geregelte Arbeitsbedingungen für den grössten Teil der Kollegen zu schaffen, sind die Einzelverhandlungen eingestellt worden. Am 12. Juli habe eine weitere Konferenz stattgefunden. Auf diese geht der Redner näher ein, dort habe man die Lohn- und Arbeitsbedingungen eingehend durchgesprochen. In manchen Punkten sei ein Einverständnis vorhanden, jedoch in den Hauptpunkten wie Arbeitszeit, Ueberstundenzuschlag und Mindestlohn nicht. Beschlüsse sind nicht gefasst worden. Im Oktober, nach der Generalversammlung des Bundes der Lichtdruckereibesitzer, soll eine erweiterte und ev. beschliessende Konferenz stattfinden. Redner ging noch ausführlich auf den Nutzen und Vorteil der Tarifgemeinschaft ein und forderte zum Schluss die Kollegen auf, unter diesen neuen Gesichtspunkten nochmals zum Tarif Stellung zu nehmen, das Resultat wird dann von allen Städten gemeinsam veröffentlicht. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine aufklärenden Ausführungen. In der Debatte bedauern 2 Kollegen in Bezug auf die Dresdener Verhältnisse den plötzlichen Stillstand der Verhandlungen. Kollege Hilbig-München, welcher auf Veranlassung der hiesigen Verwaltung, zur Aufklärung der Münchener Streikangelegenheit von Chemnitz aus anwesend ist, tritt dem Referenten scharf entgegen. Er bemängelt die Einleitung der Bewegung und meint, dass zu viel Geld dabei verbraucht wird. Er geht auf die Münchener Verhältnisse ein und meint, die Münchener Kollegen seien immer darauf bedacht gewesen die Verhältnisse zu verbessern, u. a. hätten sie die Tantieme abgeschafft und haben nicht darauf gewartet, bis man von Berlin aus mit einem Tarif helfen komme. In anderen Städten hätte man es auch so machen sollen und gerade in Bezug auf Berlin sei betreffs der Tantieme noch gar nichts geschehen. Auch seien die Münchener bei der Einreichung vollständig übergegangen worden; er hält die jetzige Entwicklung der Tarifangelegenheit für einen feinen Plan der Prinzipale, wobei wir die Büssetenden sein werden. Kollege Sillier entgegnete dem Kollegen Hilbig, dass er wohl alles tadelt, aber auch nicht sagt, wie man es hätte besser machen sollen. In Bezug auf die Einreichung sei der Münchener Bericht so voll »wenn« und »aber« gewesen, dass die Zentralkommission daraus entnommen habe, dass die Münchener nicht mitmachen wollten; im weiteren zerstreut er die geäusserten Bedenken und empfiehlt, tüchtig für die Organisation zu werben, da eine gute Organisation einen guten Tarifabschluss garantiere. Zum Punkt 2 »Gewerkschaftliches« kommt Kollege Rädcl auf die Münchener Streikangelegenheit zu sprechen und meint, dass es wichtig sei, darüber von den beteiligten Seiten etwas zu hören. Kollege Hilbig entspricht dem in längeren Ausführungen. Kollege Sillier blieb ihm die Antwort nicht schuldig und wendete sich zum Schluss scharf dagegen, dass Kollege Hilbig durch einseitige Darstellung des Falles Unzufriedenheit in die Mitgliedschaften trage und somit das gewerkschaftliche Leben nur schädige. Der Vorsitzende bemerkte, dass eine Klärung der Angelegenheiten in diesem Rahmen, doch nicht möglich sei, auch sei die Zeit schon weit vorgeschritten. Darauf verzichteten weitere Kollegen auf's Wort und fand die Versammlung, die in Bezug auf den Tarif sehr aufklärend gewirkt hat, ihren Schluss.

**Frankfurt a. M.** In der am vergangenen Mittwoch abgehaltenen Mitgliederversammlung, welche ziemlich gut besucht war, gab zunächst der Kassierer Abrechnung, demselben wurde Decharge erteilt, gemahnt wurde, dass ein grosser Teil unserer Kollegen mit den Zahlungen der Beiträge sehr säumig sind, sodass sich die Abrechnungen sehr verzögern. Die auf der Tagesordnung stehende Tarifvorlage wurde nach einem kurzen Referat des Kollegen Werner im wesentlichen für gut geheissen. Als Verbesserungsversuch wird vorgeschlagen, beim Absatz 2 anstatt »Arbeitslohn« — »Wochenlohn« zu setzen. Angeht soll dem Absatz 6 ein Passus werden bez. der sanitären Einrichtungen der Arbeits-

räume. Bei Absatz 8 die schon im ersten Tarifentwurf angeregte Untersuchung auf Brust und Augen soll wieder eingefügt werden, und ein Prüfungsausschuss soll die Prüfung der Lehrungsarbeiten vornehmen. Ferner soll ein neuer Absatz eingefügt werden bez. des Arbeitsnachweises, der unbedingt bei Abschluss des Tarifs mit eingeführt werden müsse. Nachdem die einzelnen Absätze durchberaten und mit den vorher erwähnten Abänderungsvorschlägen angenommen waren, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

»Die heutige Mitgliederversammlung beschliesst nach vollständiger Durchberatung der Tarifvorlage, dieselbe demnächst den Herren Prinzipalen zu unterbreiten und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, dass dieselbe baldigst zur Einführung gelangt.«

Mit einem kräftigen Mahnwort, unter den noch fernstehenden Kollegen unablässig für die Organisation zu werben, schloss der Vorsitzende die Versammlung nach Mitternacht.

**Hannover.** Am 9. Juli fand hier eine gutbesuchte kombinierte Mitgliederversammlung statt, welche sich hauptsächlich mit unserem neuen Tarif befasste. Der Tarif fand in seiner jetzigen Fassung allgemeine Anerkennung, nur dem Paragraph 8 möchte zugefügt werden: »Aerztliche Untersuchung besonders auf Brust und Augen.« Es wurde ferner der Wunsch geäussert, als Sitz des Tarifamtes Hannover in Vorschlag zu bringen. Unter »Verschiedenes« wurde speziell von den hiesigen Lichtdruckern die Stellung und das Verhalten des Hauptvorstandes in der Tarifbewegung der Lichtdrucker kritisiert. Kollege Graetz führte folgendes aus: Obgleich mit dem Tarif nicht allein die Chefs, sondern auch die Kollegen überrumpelt wurden, so hatten doch die Kollegen den Kampf um denselben mit allem Eifer aufgenommen. Viele Firmen bewilligten sogleich, andere wären gefolgt, wenn uns der Hauptvorstand nicht in den Rücken gefallen wäre, in dem er dem Verband der Lichtdruckereibesitzer, welcher mit uns gemeinsam verhandeln wollte, 4 Wochen Zeit liess, um sich genügend vorzubereiten. Der scharfmachende Aufruf der Lichtdruckereibesitzer sollte doch genügend gezeigt haben, was wir von dieser Seite zu erwarten haben. Wenn der Vorstand an so unpassender Stelle seine Missbilligung über das einmütige Vorgehen der Münchener Kollegen ausdrückt, durch derartige Versprechen den Kollegen die Hände bindet statt uns zu helfen und zu raten, dann können wir uns dem Vertrauensvotum der Berliner Kollegen nicht anschliessen, vielmehr hoffen wollen wir, dass unsere gute Sache energisch vertreten wird, von Kollegen, die unsere Branche kennen und wissen, was uns not thut und was wir erreichen können. Ein Münchener Kollege ging dann näher auf den Streik bei Kuhn ein. Es wurde jedoch beschlossen, die Angelegenheit in einer kombinierten Vorstandssitzung unter Hinzuziehung der Lichtdrucker zu untersuchen; des weitern wurde unter Verschiedenes von Kollegen Ebert beantragt, der Vorstand möge sich nach einem anderen Versammlungslokal umsehen, da das jetzige Lokal für eine Gewerkschaft wie die unsrige nicht passe. Nachdem der Vorsitzende bemerkte, dass es sehr schwer sei, ein in jeder Hinsicht passendes Lokal aufzufinden zu machen, wurde die Versammlung 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr geschlossen.

**Leipzig.** Die Lithographen-Sektion hielt am 9. Juli eine gutbesuchte Versammlung ab. Nach einem Vortrag von Dr. Dunker aus dem Zyklus »Entwicklung des Kapitalismus« nahm man Stellung zu der neuen Tarifvorlage. Der Entwurf wurde vom Kollegen Czech vorgelesen und da gegen den Inhalt und die Fassung der neuen Artikel wesentliches nicht einzuwenden war, trat man in eine Generaldiskussion derselben ein. Beim Artikel I, die Arbeitszeit, wurde die Thatsache blossgelegt, dass es in Leipzig für die Lithographen noch 11 verschiedene Arbeitszeiten nachzuweisen gäbe. Die niedrigste betrüge 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, die höchste noch 10 Stunden; und müsse eine gleichmässige Arbeitszeit in allen Betrieben bewirkt werden. Im Artikel II, dem Arbeitslohn, gab man sich mit der festgelegten Skala zufrieden, führte aber den Nachweis, dass jetzt verschiedentlich noch ein Minimallohn von 12—21 Mk. für Lithographen gezahlt werde. Aus einer statistischen Erhebung wurde belegt, dass in Leipzig noch 128 Lithographen unter 25 Mk. verdienen. Hierbei wurde eines Universal-Genies, eines Lithographen einer hiesigen Firma Erwähnung gethan, welcher in sämtlichen Berufstätigkeiten des graphischen Gewerbes leistungsfähig sei. Derselbe soll als Merkantil- sowie Chromolithograph, als Um-, Fort- und Maschinendrucker, als Schleifer und Setzer verwandt werden können. Der Artikel IV, Ueberzeitarbeit, wurde auch mit einem drastischen Beispiele illustriert, indem sich ein hiesiger Privatlithograph, Lithographen anderer Geschäfte für Heimarbeit engagiere, in einer Zeit, wo soviel Stellenlose Arbeit suchten. Es sei bedauerlich, dass noch so viele unserer Kollegen die Grundsätze der Organisation missachteten, und die Regelung und Besserung der Arbeits- und Existenzverhältnisse hintertrieben. In einer Resolution wurde sodann die Anerkennung ausgesprochen, dass der neue Tarifentwurf bedeutende Verbesserungen enthalte, vermisst würden aber in diesem besondere Massnahmen gegen die immer mehr wuchernde Privat- und Hauslithographie und ist die Agitationskommission beauftragt worden, sich mit dem Hauptvorstand in Verbindung zu setzen,

um Mittel und Wege zu finden, welche eine Beschränkung und Bekämpfung der Privatlithographie ermöglichen. — Der Vertrauensmann gab dann noch eine Schilderung über Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in zwei Leipziger Ansichtskartengeschäften. In der einen Anstalt sollte der Preis für die Farbenplatten reduziert werden, derselbe ist aber dann, nach den Unterhandlungen mit dem Vertrauensmann, auf der alten Höhe verblieben. In der anderen Anstalt bestehen verschiedene Arbeitszeiten und Kündigungsfristen, die beim Engagement besonders vereinbart werden. Es wurde beschlossen, den Kollegen Sillier, welcher demnächst wegen Vereinbarungen über den Tarif der Lichtdrucker hier zu unterhandeln hat, zu beauftragen, gleichzeitig für Einhaltung einer einheitlichen Arbeitszeit und Kündigungsfrist bei den Lithographen zu wirken. Als noch zur Teilnahme an der am Sonntag, den 12. Juli stattfindenden Männerpartie aufgefordert, wurde die Versammlung geschlossen.

**Leipzig.** Öffentliche Schleiferversammlung am 13. Juli 1903 in »Stadt Hannover.« Tagesordnung: 1. Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen. Referent: Genosse Pinkau. 2. Die Schleiferfrage. Referent Redakteur M. Obier. 3. Diskussion und Gewerkschaftliches. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Herr Schulze den Antrag, den 2. Punkt von der Tagesordnung zu streichen. Herr Schulze ersieht in dem Referat des Herrn Obier ein parteiisches Vorgehen, was nach Beschluss der Kommissionssitzung unzulässig sei. Herr Arnold stellt den Antrag zur Debatte. In derselben sprechen sich Herr Höhn für, Herr Knackfuss gegen den Antrag aus. Hierauf lässt Herr Arnold über den Antrag abstimmen. Ueber den Antrag wurde mit 13 Stimmen für und mit 13 Stimmen dagegen gestimmt. Der Antrag wurde damit abgelehnt. Hierauf nahm Genosse Pinkau zu seinem Vortrag: »Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen« das Wort. Genosse Pinkau gab in seinem Vortrag ein schönes Bild von der Entstehung der Organisationen in den Jahren 1000 bis 1200 bis zur Gegenwart. Für den beifällig aufgenommenen Vortrag dankte Herr Arnold dem Referenten namens der Versammlung. Zum 2. Punkte »Die Schleiferfrage« erhielt Herr Obier das Wort. Herr Obier giebt in seinem Referat einen kurzen Ueberblick über die Organisationsbestrebungen der Schleifer und kommt damit auch auf den Ausschluss der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen auf der Generalversammlung zu Frankfurt a. M. von 1898 zu sprechen. Die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen seien nicht als unnützer Ballast, wie man immer zu sagen pflegt, ausgeschlossen worden, sondern der Grund sei vielmehr in der geplanten Verschmelzung mit dem Senefelder Bunde zu suchen. Den Schleifern jedoch war es freigestellt, dem Verbands weiter anzugehören. Die 60% der Schleifer, die dem Verbands der Lithographen und Steindruckers angehören, suche Frau Thiede für den Verband der Hilfsarbeiter zu reklamieren. Nach den Ausführungen über die Sonderbestrebungen der Lithographen kommt Herr Obier auf die Schleiferkonferenz zu sprechen, und macht den Vorschlag, je einen Delegierten aus dem alten und neuen Verbands zu schicken. Zum Schluss empfiehlt Herr Obier, die Streitfrage ruhen zu lassen, bis sie durch die Konferenz entschieden ist. In der Diskussion führt Herr Arnold aus, dass für das Komitee, das die Vorarbeiten zur Konferenz zu erledigen hat, Berlin mit 4 und Leipzig mit 3 Delegierten vorgeschlagen ist. Die Konferenz soll die Schleifer aller Städte betreffen. Weiter führt Herr Arnold aus, dass die Schleifer in den kleinen Städten besser thun würden, sich dem grossen Verbands anzuschliessen. Denn je grösser der Verband sei, desto mehr könnte er auch Unterstützung geben. Dies gelte jedoch nicht nur für die Schleifer in den kleinen Städten, sondern von den Schleifern überhaupt. Die Schleifer seien doch 1898 nicht ausgeschlossen worden. Herr Schulze bezweifelt, dass die Schleifer in den kleinen Städten dem Verband der Lithographen und Steindrucker beitreten werden, da ihnen der Beitrag bei dem niedrigen Lohne, den sie erhalten, zu hoch sein wird. Ferner führte Herr Schulze aus, die Schleifer seien doch nach dem Protokoll der Generalversammlung von 1898 mit den übrigen Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen ausgeschlossen worden. Und erst auf Antrag Silliers sind die Schleifer und Präger im Verband der Lithographen und Steindrucker beibehalten worden. Herr Schulze erblickt in der Spaltung der Verbands einen taktischen Fehler, da nur durch den Zusammenhalt gute Arbeit geleistet werden kann. Weiter kritisiert er die Schreibart des Herrn Rose, Berlin in seinem Artikel in No. 27 der »Graph. Presse«, in dem er die unorganisierten Schleifer warnt, in den Verband der Hilfsarbeiter einzutreten. Herr Arnold sagt, die Generalversammlung von 1898 sei nicht für den Zwiespalt, sondern für Vereinigung gewesen. Herr Wolfram meinte, dass die Steindrucker für die Schleifer eintreten, gehe doch schon daraus hervor, dass für die Schleifer im Tarif ein Mindestlohn festgesetzt ist. Herr Obier kritisiert die Unruhe in der Debatte, und das Austreten der Aufnahmescheine seitens der im Hilfsarbeiterverband Organisierten. Dies wäre eine Schädigung der Neutralität, wodurch sich die Gegensätze nur noch verschärften. Weiter führt er aus, in Zeit, wo nur 1 organisierter Steindrucker in der dortigen Steindruckerei ist, ist die Forderung 1/2 Stunde von der Arbeitszeit zu kürzen, Bezahlung der Feiertage und Prozentzuschlag für Ueberstunden bewilligt worden. Doch diese Be-

